

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 12.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Post-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einseitige Peltzeit oder deren
Raum 80 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Graf in Wildbad.

Nummer 30

Februar 1921

Wildbad, Montag, den 7. Februar 1921

Februar 1921

55. Jahrgang

Wochenrundschau.

II.

Die Kriegsschädigung, die keine sein dürfte — nach dem Waffenstillstands- und Friedensvertrag —, ist in Anbetracht des geringen Restes von Leistungsfähigkeit Deutschlands heller Wahnsinn. Niemand wird glauben, daß solche Bedingungen erfüllt werden können. Auch die Feinde glauben es nicht, das hat Lloyd George selbst wiederholt ausgesprochen. Keynes schätzte die Leistungsfähigkeit Deutschlands vor einem Jahr auf höchstens 30 Milliarden Goldmark, und der Engländer Philipps Gibbs erklärte dieser Tage, die Kriegsschädigung von 55 Milliarden Dollar (nach amerikanischem Geld) sei der Tod Deutschlands; das Krüppelste, was es aufbringen könnte, wären vielleicht 20 Milliarden Dollar.

Dabei berücksichtigt der Verband nicht im Geringsten, was Deutschland bereits geleistet hat. Beim Waffenstillstand setzte der Verband absichtlich so kurze Fristen zur Räumung des von den Deutschen besetzten Gebiets, daß ungeheure Mengen des wertvollsten Materials, das nach dem Völkerrecht unter diesen Umständen nicht als Beute gelten konnte, zurückgelassen werden mußte. Der Wert ist nach einer sehr vorsichtigen Schätzung des früheren Präsidenten der Reichsschädigungskommission Dr. Sirkmann auf mindestens 15 Milliarden Goldmark zu veranschlagen. Außerdem mußten u. a. abgeliefert werden: 5000 Kanonen, darunter 2500 schwere Geschütze, 25 000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 1700 Flugzeuge, 5000 Lastkraftwagen, 5000 Lokomotiven, 150 000 Eisenbahnwagen, die Luftschiffe, die Kriegsschiffe, die Flussschiffe, die Dampfer, Docks, die deutschen Kabel, das deutsche Privatvermögen im Ausland, zusammen ganz gering gerechnet 40 Milliarden Goldmark. Dazu kommt der Verlust sämtlicher Kolonien, Elsass-Lothringen, das Saargebiet, Eupen-Malmedy, Polen, Westpreußen (und vielleicht Obereschlesien) und das große Eisenbahnmateriale, das an Polen gegeben wurde. Frankreich hat sich das alleinige Recht genommen, die Wasserkräfte des Rheins auszunutzen, wozu ihm sogar das nötige Gelände rechts des Rheins überlassen werden mußte. Tausende von französischen Agenten haben auf Deutschlands Kosten das Reich durchstöbert, um Betriebsrichtungen, Maschinen, Pferde usw., die aus den feindlichen Ländern nach Deutschland gebracht sein sollten, aufzuspüren. Außer den beschlagnahmten und zurückgegebenen Sachen müssen dafür 2 Milliarden bezahlt werden, das Ziel, was von dem, was je nach Deutschland während des Kriegs gebracht sein konnte. Nicht gerechnet werden die 900 000 Milchkuhe, die Pferde, Schweine, Schafe, Ziegen usw., nicht gerechnet werden die Hunderte von Millionen Goldmark, die das Reich den Angehörigen der feindlichen Staaten für beschlagnahmtes Eigentum während des Kriegs gewährt und die es zur Anlegung von Straßen, Brücken, Elektrizitätsanlagen usw. in Feindesland aufwendet hat. Und die Leistungen für die Besatzungen, die zahllosen Kommissionen, die Bauten, Uebungsplätze usw., die schon 20 1/2 Milliarden verschlungen haben — kein Wörtchen darüber war in Paris zu hören. Und doch ist diese Vorleistung Deutschlands, ganz nieder gerechnet, auf mindestens 250 Milliarden Goldmark zu veranschlagen.

Zu alledem verlangt nun der Verband eine Entschädigung von 268 Milliarden Goldmark neben der Ausfuhrsteuer, ein Betrag, zu dem je 20 Deutsche vom Säugling bis zum Greis während der nächsten 42 Jahre eine Million Goldmark anzubringen hätten, und die Gesamtleistung Deutschlands einschließlich der schon dahingegangenen 250 Milliarden Goldmark würde nach heutigem Geldstand den Wert von 5 1/2 Billionen Mark erreichen. Diese Tatsache muß man sich gegenwärtig, wenn man die Pariser Forderungen recht verstehen will. Sie sind ein reiner Schwindel, auch der französischen Volk gegenüber, das man beruhigen zu können glaubt, wenn man ihm märchenhafte Reichthümer vormalt. Selbst wenn Deutschland, das im Jahr 1920 einen Fehlbetrag von 80 Milliarden Mark in seinem Reichshaushalt hat, die ersten Zahlungen fertig brächte, es wäre auf ein Jahrhundert, vielleicht für immer wirtschaftlich geknickt. Was das bedeutet, erfährt man aus der allgemeinen Geschäftsnotung in der ganzen Welt, der der alte solide Käufer, das 70 Millionen-

volk der Deutschen fehlt. Diese Wirtschaftskrise müßte sich verschärfen und um so weiter greifen, je tiefer Deutschland sinkt und sie würde gerade die Völker der Verbandsstaaten am schwersten treffen. Denn es gehört kein besonderer Scharfblick dazu, um zu erkennen, daß von den deutschen Milliarden die Bevölkerung der feindlichen Länder kaum einen Pfennig Bekäme, ihr bliebe nur die Arbeitslosigkeit und die Not; das Geld würde in die Stahlröhre der Hochfinanz der Entente und in die Beutel ihrer Schergen fließen, die seit Ausbruch des Kriegs schon Milliarden und aber Milliarden angehäuft haben. Das Pariser Abkommen läuft also im Grunde nach seiner finanziellen Seite wieder auf einen ungeheuren Beutezug des feindlichen Großkapitals hinaus.

Was wird nun Deutschland tun? Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons hat im Reichstag in Uebereinstimmung mit dem ganzen Reichsministerium, nächstern und trocken, aber darum doch entschieden, nicht mißverständlich erklärt, daß die Zumutungen des Verbands undurchführbar und unannehmbar seien, daß sie auch als Grundlage für weitere Verhandlungen nicht geeignet seien. Und der ganze Reichstag ist ihm darin beigetreten. Die Fraktionen von der Rechten bis zur äußersten Linken lehnten die Erfordernisse des Pariser Abkommens mehr oder weniger entschieden ab. Die Reichsregierung weicht also den Reichstag geschlossen hinter sich, wenn sie dem Ansinnen des Obersten Rats ein Nein entgegenstellt. Ein Versuch, der Regierungskoalition durch Beiziehung der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten eine breitere Grundlage zu geben, ist zwar vorläufig gescheitert, doch haben sich die Deutschnationalen wieder eines andern besonnen und sie sind zu entsprechenden Verhandlungen bereit. Die Sozialdemokratie bleibt bei ihrer Ablehnung. Schließlich kommt es aber auf die äußere Form weniger an; in der Sache ist an der Mitwirkung der beiden Parteien nicht zu zweifeln, nachdem der Führer der Deutschnationalen Abg. Hergt erklärt hat, die Forderung werde der Regierung unterstützt, die den „Vorschlägen“ der Pariser Konferenz einhellig und ohne Wanken entgegenzetrete, und nachdem der Abg. Müller-Franken im Namen der Sozialdemokraten versichert hat, es werde sich keine Regierung in Deutschland finden, die das Pariser Abkommen annehme. Damit ist jeder Spekulation des Verbands auf einen etwaigen Regierungswechsel im Reich, mit dem er in seinem mangelhaften Verständnis für die deutsche Volkseele gerechnet zu haben scheint, der Boden entzogen. Der Regierungsbund im Reichstag ist zwar noch die Minderheit, aber in Fragen, die an das Dasein und die Ehre der Nation greifen, beharrt es keines Parteiblocks, das ganze Volk bildet ein einziges großes Volk.

Der steht hinter der Regierung steht, wie in den Tagen des August 1914. Wenn solche Tage und Zeiten im Leben des deutschen Volks leider nicht allzu häufig sind, so gebührt dem Obersten Rat und seinen Leuten das Verdienst, die Deutschen von dem Rhein bis an den Belt wieder einmütig gemacht zu haben. Wie der Reichstag, so haben, zum Teil in noch schärferer Form, alle Landtage im Reich, soweit sie zurzeit verjammelt sind, gegen den schmachvollen Erdrosselungsversuch zornigen Protest erhoben. Städte und Landgemeinden, Versammlungen und Verbände, alle Schichten der Bevölkerung bringen ihre Empörung allerorten zum Ausdruck. Mit ganz wenigen beklagenswerten Ausnahmen ist die deutsche Presse einig in der schärfsten Beurteilung und Ablehnung.

Das ist auf feindlicher Seite nicht erwartet worden. Die englischen Zeitungen, die von der ankommenden Volksseele in Deutschland mit einiger Ueberraschung Kenntnis nehmen, meinen, Deutschland werde doch noch „Verminst annehmen“, d. h. sich dem Diktat von Paris bedingungslos unterwerfen, denn die „Sanktionen“ seien derart, daß sie noch größeres Leid bringen könnten. Man versucht also wieder einmal die Deutschen durch Drohungen einzuschüchtern. Aber diesmal wird es dem Verband wohl nicht gelingen. Die Reichsregierung kann nicht unterschreiben, was nicht nur uns Gegenwärtige, sondern auch das kommende und vielleicht noch das übernächste und weitere Geschlechter in die schwersten Fesseln entehrender und markfaugender Kuchtschast schlagen soll. Hier gibt es nur ein Nein jetzt und für alle Zeit. Wohl haben wir keine Waffen

mehr, aber wir wollen und dürfen nicht auch noch die deutsche Ehre drangeben, wir dürfen vor allem nicht unserer Kinder und Kindeskinder Existenz aufs Spiel setzen, daß sie uns dereinst fluchen, weil wir nicht den Mut gehabt haben, nein zu sagen und fest zu bleiben, um vermeintlich „Strafen“ zu entgehen, die doch kommen werden, wenn sie überhaupt ausführbar sind.

Der Oberste Rat will nun, um nicht aus der Rolle zu fallen, das Spiel der Konferenzen fortsetzen. Die im Dezember v. J. unterbrochene „Sachverständigenkonferenz“ in Brüssel soll wieder aufgenommen werden. Sie ist eine bloße Formsache, hat also für Deutschland gar keinen Zweck. Man hat aufatmend vernommen, daß die Reichsregierung auf die Brüsseler Konferenz verzichtet hat. Bleibt noch die Konferenz in London, die Ende dieses Monats stattfinden soll. Deutsche Minister sollen eingeladen werden. Nach der Havas-Agentur hat aber die Pariser Konferenz ein zweites geheimes Abkommen getroffen, das die Teilnehmer der Pariser Konferenz, nämlich Frankreich, England, Belgien, Italien und Japan, verpflichtet, auf der Londoner Konferenz keine andere Haltung einzunehmen, als sie in Paris verbrieft und versiegelt wurde; es bleibt also bei den Pariser „Beschlüssen“ und die „Vorschläge“ sind im Voraus insgeheim zu „Beschlüssen“ erhoben. Die Reichsregierung wird nun durch Verhandlungen feststellen, ob der Oberste Rat sich in Paris wirklich auf die „Vorschläge“ festgenagelt hat, auf Grund deren, wie Minister Simons im Reichstag namens der Reichsregierung erklärte, Deutschland nicht verhandeln kann. Sie ist entschlossen, den Forderungen des Verbands jeden möglichen Widerstand entgegenzustellen. Durch ein genaues, sachliches Beweismaterial, das man gegenwärtig in den verschiedenen Reichsministerien zusammenstellt, wird zahlenmäßig in den Gegenanschlägen belegt werden, was von Deutschland im äußersten Fall in den 30 Jahren, auf die der Wortlaut des Friedensvertrags die Ersatzleistungen beschränkt, aufgebracht werden kann. Was darüber hinausgeht, müßte als der absichtlichen Zugrundelegung Deutschlands dienend verstanden werden.

Dabei erhebt sich allerdings noch die Frage, wie die Neutralen, vor allem die Vereinigten Staaten die Abwägung ihres wertvollsten Geschäftskunden hinnehmen werden. Wilson hat seinerzeit gesagt, die jetzige deutsche Generation soll leiden, 30 Jahre lang, aber sein gutes Herz sieht es nicht gern, daß der Verband auch noch die zweite Generation usw. in das Wilsonsche Fegefeuer hereinbezogen wissen will. Doch wie würde der neue Präsident Harding zu der schweren Schädigung der amerikanischen Interessen sich stellen? Das scheint auch dem Verband noch eine offene Frage zu sein, darum soll der Erdrosselungsvertrag jetzt zum Abschluß kommen, bevor Harding im Mai den Präsidentenstuhl besteigt. — Darum haben aber auch wir das Interesse, daß die Angelegenheit mindestens nicht überstürzt wird. Amerika wird uns zuliebe keinen Finger rühren — trotz der rühmlichen Betätigung der Nächstenliebe eines Hoover und der Quäler — aber es wird auf die Wahrung seiner eigenen Interessen bedacht sein und dazu hat es nicht nur das Recht, sondern auch die Macht.

Neues vom Tage.

Erweiterung des Regierungsblocks.

Berlin, 6. Febr. Gegenüber der Bereitwilligkeit der Deutschnationalen, in den Block der Regierungsparteien einzutreten, vertreten die drei Regierungsparteien (Zentrum, Demokratie und Deutsche Volkspartei) den Standpunkt, daß eine Erweiterung der Koalition nur in Frage kommen könne, wenn auch die Sozialdemokraten sich beteiligen würde, da eine Ausdehnung nur nach der rechten Seite der leicht die gegenteilige Wirkung eines Verbreiterung der Regierungsgremiallage haben könnte.

Die übliche Drohung.

Berlin, 6. Febr. Den Truppen im besetzten Gebiet wird kein Urlaub mehr gegeben. Den Zeitungen in Straßburg und Kolmar wurde verboten, Nachrichten über Truppenverschiebungen zu veröffentlichen. Schwarze Truppen sind im besetzten Gebiet wieder eingetroffen.

Der pfälzische Milchstreik.

Homburg v. D., 6. Febr. Der Milchstreik in der

Westfalj dauert an. Der Vorsitzende der Freien Bauernschaft bereift im Kraftwagen die Westfalj, um die Bauern zum Ansharren aufzumuntern. Vor dem Gefängnis, in dem der Führer Hamm sich befindet, fand eine große Bauernkundgebung statt. Hamm wurde aber nicht freigegeben.

Der deutsche Botschafter bei Briand.

Paris, 6. Febr. Der deutsche Botschafter Dr. Mayer teilte dem Ministerpräsidenten Briand mit, daß die Reichsregierung gegen das Pariser Abkommen Einspruch erhebe. Er bat um eine Erklärung, ob das Abkommen die Grundlage für die Londoner Konferenz bilden werde. Briand wies die Anfrage schriftlich beantwortet.

Das Pariser Abkommen in der französischen Kammer.

Paris, 6. Febr. In der Kammer griff Tardieu das Verfahren der Pariser Konferenz scharf an, weil es zu milde gewesen sei. Es sei erwiesen, daß Deutschland imstande sei, alle Bedingungen des Friedensvertrags zu erfüllen. Man hätte ein allgemeines Pfand auf den gesamten Weitz Deutschlands legen sollen. Die Konferenz sei überstürzt gewesen und müsse noch einmal aufgenommen werden. Dieses Abkommen sei unannehmbar für Frankreich. Briand verteidigte den englischen Bundesgenossen gegen Angriffe Tardiens. Der Friedensvertrag von Versailles sei ausgezeichnet, es fehle ihm nur, daß er lebend sei. Die Pariser Konferenz habe die Einigkeit der Verbündeten gestärkt, die allein dem Friedensvertrag Leben geben könne. Die Abgeordnetenkammer sei allerdings durch das Pariser Abkommen nicht gebunden. Die Erhebungen über die Jahreszahlungen Deutschlands seien genau, die Berechnungen über die Ausfuhrsteuer seien anzuzweifeln. Die Zwangsmaßnahmen werden von den Verbündeten gemeinsam ausgeführt, man habe sie Deutschland nicht mitgeteilt, weil sie eine Angelegenheit der Verbündeten seien, die Deutschland nichts angehe. Die Kriegsschuldigung lasse sich nicht außerhalb Frankreichs zu Geld machen. Die Weltmärkte könnten eine solche Forderung unmöglich aufnehmen und wenn sie es könnten, würden sie 12 bis 14 Prozent Nutzen nehmen. Durch die Jahreszahlungen werde Frankreich in 10 Jahren von dem finanziellen Druck befreit sein. Er (Briand) brauche für London Vertrauen, sonst hätte man, wie Tardieu jagte, selbst einen vorübergehenden Bruch mit den Verbündeten ins Auge fassen können, worauf Deutschland hoffte.

Deutsche Arbeiter für Frankreich.

Paris, 6. Febr. Der Londoner Korrespondent des „Journal“ hatte eine Unterredung mit einem Londoner Finanzmann über die Verbesserung der französischen Valuta. Der Engländer sagte in bezug auf die Kriegsschulden der Verbündeten, diese Anleihen würden niemals zurückgezahlt. Das Geld, das man in Amerika geliehen habe, habe man nach Italien und viel auch nach Frankreich weitergegeben. Frankreich werde von Deutschland Wiederherstellung, aber keine Kriegsschuldigung erlangen, außer wenn Frankreich sich mit Papiergeld begnüge. Die Frage des Franzosen, ob man dieses Papier in den Vereinigten Staaten versetzen könne, beantwortete der Londoner mit der Frage: Gegen was? Diese Sache sei unpraktisch. Jedes Land müsse seinen Anleihen Lebenswohl sagen, und sogar die Zahlung von Wiederherstellungen werde schwierig sein. Der Franzose erwiderte: Dann werden wir Farden, Kohlen und Kain und fabriizierte Waren nehmen. Der Londoner wollte die Kohlen allenfalls gelten lassen, erklärte aber, die Hauptsache sei doch, die zerstörten Häuser aufzubauen, hierfür brauche man Arbeitskräfte. Wenn man jetzt von Deutschland zuviel verlange, dann würde man ihm den größten Dienst erweisen. Die einzige Art, wie man es dazu bringen könne, das Uebel wieder gut zu machen, ohne die Zukunft in Frage zu stellen, sei, es zu zwingen, 300.000 Arbeiter auf seine Kosten nach Frankreich zu schicken.

Ein Frühlingstraum.

Eine Erzählung aus dem Leben von Fr. Lehne.
81 Fortsetzung.
(Nachdruck verboten.)
„Du Gute, Einzige! Bete Du für uns, Mary, ich kann es nicht mehr! In viel habe ich ertragen müssen! — Seit Du mir Deine Schicksale erzählt hast, habe ich keine Ruhe und mache mir die bittersten Vorwürfe. Deine Worte verfolgen mich Tag und Nacht — daß die Sorge um Hasso! Jammern muß ich mir das Bild Deines, meines Kindes vergegenwärtigen! Wie reich war ich — wie so herrliche Knaben — und nungen vielleicht schon keinen mehr!“
„Woh! so lange Leben ist, ist Hoffnung! Sei ein Mann und Kopf doch!“ Kräftig drückte sie seine Hand, mit innigem Blick in sein Auge sehend. —
„Gut, Sie kommen,“ rief ihr Doktor Kornelius mit gedämpfter Stimme entgegen, als sie ins Krankenzimmer trat. Schnell eilte sie ans Bettchen und nahm die abgeehrte Hand des Knaben in die ihre. Leise und behutsam strich sie die schwarzen Locken aus der bläulichweißen Stirn. „Da bin ich wieder, mein Liebling, nun bleibe ich ganz bei Dir,“ flüsterte sie mit tränenreicher Stimme. Wie bleich er ansah, so ganz anders — so wachern und unter den Augen tiefe dunkle Schatten.
Fragend blickte sie in Doktor Kornelius Gesicht, der ihr gegenüberstand. Er sah furchtbar ernst aus und vermied es, sie anzusehen.
„Ja, das ist gut,“ sagte Hasso mit schwacher Stimme. „Papa ist doch auch da? Der wollte Dich doch holen!“ Dann schloß er aber gleich wieder die Augen. — Leises Schluchzen tönt da an Marys Ohr; sie blickte sich um und sah Gabriele an der Chaiselongue zu Füßen eines älteren Herrn — ihres Vaters Knecht, der graphisch von einer Geschäftsreise wegen der Neuverdingung seines Enkelkinds zurückgerufen war.
„Ach, Papa, Papa, wenn mit Hasso sticht —“
„Woh! sagt, ich trage die Schuld,“ schluchzte sie.

Einladung zur Konferenz.

Berlin, 6. Febr. Der französische Vorkauster Laurent hat dem Reichsminister Simons die Einladung zur Londoner Konferenz am 1. März übermittelt. Der Minister befielt sich die Antwort vor.

Die Londoner Konferenz zwecklos.

London, 6. Febr. Der Pariser Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt zu der Pariser Konferenz, man müsse im Zweifel darüber sein, ob das Pariser Abkommen auch verständlich sei. Besonders mit Bezug auf die Haltung Amerikas frage man sich, wie weit der Oberste Rat das Recht habe, eine Politik zu beschließen, die andere Nationen berühren kann, die das Abkommen nicht unterzeichnet haben. In diesem Falle handle es sich darum, daß neutrale Länder und vor allem Amerika in gewissem Maß ihrer Handlungsfreiheit durch die Pläne des Obersten Rats beraubt werden, ohne befragt worden zu sein, ob sie einer solchen Politik zustimmen. Die Pariser Politiker beginnen einzusehen, daß mindestens in zweifacher Hinsicht amerikanische Interessen durch die Pariser Beschlüsse verletzt werden, erstens durch den Zoll auf die deutsche Ausfuhr und zweitens durch die Ueberwachung der deutschen Anleihen. In beiden Fällen haben die Staatsmänner den Friedensvertrag überschritten. Es sei klar, daß man durch die Besteuerung der deutschen Ausfuhr einen Zoll auf die etwaige Einfuhr nach Amerika lege. Amerika wolle sich von den Verbündeten nicht verhindern lassen, mit Deutschland Handel zu treiben, wie ihm beliebt. Die Vereinigten Staaten wollten nicht gezwungen werden, die Schulden Deutschlands zu bezahlen, indem sie deutsche Waren um 12 Prozent teurer kaufen müssen. Eine endgültige Entscheidung könne somit erst getroffen werden, wenn der neue amerikanische Präsident am 4. März sein Amt angetreten und seine Politik dargelegt habe. Daher werde die geplante Londoner Konferenz am 23. Februar vollkommen zwecklos sein. Harding werde Gelegenheit haben müssen, auf der Konferenz vertreten zu sein.

Rückflüchte.

Paris, 6. Febr. In einer halbamtlichen Note im „Temps“ und „Journal“ wird behauptet, der Entschädigungsplan des französischen Sachverständigen Seydoux in Brüssel (6 Teilzahlungen) und darauf Festlegung der Gesamtschuldigung) sei an dem deutschen Widerspruch gescheitert, der sogar so weit gegangen sei, die obersteinstliche Frage aufzuwerfen.

Dazu bemerkt W.D.: Die deutsche Reichsregierung hat sich dem Plan Seydoux nicht entgegengestellt, sich vielmehr bereit erklärt, darüber zu verhandeln. Aber die Verbündeten haben den Plan durch Annahme eines neuen Entschädigungsabkommens ohne weiteres beipflichtet. Die gegenteilige Behauptung ist nichts als ein Berlegenheitsmandrill.

Vermögensabgabe in England.

London, 6. Febr. Der Ausschuß der Arbeiterverbände schlägt ein Notopfer von 4 Millionen Pfund Sterling vor, das zur Verbilligung der Lebenshaltung verwendet werden soll.

Die Regierung hat eine weitere Herabsetzung des Mehlpreises um einen Schilling für den Sack angeordnet. Seit November ist der Mehlpreis um 12 Schilling vermindert worden. Man erwartet, daß die Lebensmittelpreise allgemein um 5 bis 10 Prozent sinken werden.

Kabinettswechsel in Athen.

Athen, 6. Febr. Das Kabinettskhalix ist zurückgetreten, das neue Kabinetts wird durch den Kriegsminister Gunnaris, den Führer der weitaus stärksten Partei, gebildet werden, der auch Griechenland auf der Londoner Konferenz vertreten wird. Gunnaris wollte nicht dulden, daß Khalix, der zum Verband abgewandert ist, nach London gehe.

Reuter meldet, der Kabinettswechsel habe in den leitenden Kreisen Englands einen ungünstigen Eindruck gemacht. (Gunnaris zeigte sich im Krieg als entschiedener Luftfreund.)

Diesbekümmert blickte der alte Ulrich auf sein Kind, das bei ihm Trost suchte, statt bei ihrem Gatten. Doktor Kornelius trat zu ihr und sagte ernst und bestimmt:

„Fassen Sie sich, Frau von Wolfburg; das darf durchaus nicht aufgeregt werden; er darf Sie nicht weinen hören. Ich bleibe diese Nacht mit Schwester Konjuelo hier.“

Bei Nennung dieses Namens schlug eine jähe Wöte in ihr Gesicht. Wie hatte sie dies Mädchen beleidigt — und doch kam es wieder in ihr Haus. Sie konnte es jetzt nicht sehen und wandte, von ihrem Vater unerfüllt, aus dem Zimmer. —

„Sie bleiben hier, Doktor?“ fragte Mary leise. Er nickte. „Was denken Sie?“ fortsetzte sie weiter. Er zuckte die Achseln. „Ich habe keine Hoffnung — die Dertätigkeit ist zu schwach. Ich habe schon alles mögliche versucht; wir müssen uns auf das Schlimmste gefaßt machen.“

Tränen traten in Marys Augen; ihr Blick flog zu Wolf, der am Fenster stand. Sie deutete auf ihn — „möchten Sie es ihm nicht sagen?“

„Ich kann es nicht,“ entgegnete er, „noch nicht!“ Hasso schlug die Augen wieder auf. Als sein Blick auf Mary fiel, versuchte er ein wenig zu lächeln. „Du bist noch da? Die andere ist jetzt fort! Das ist aber hübsch von Dir.“

„Still, mein Liebling, sprich nicht! Ich bleibe die ganze Nacht hier an Deinem Bettchen, Papa auch und Onkel Doktor auch.“ Hasso schloß ihre Hand und hielt sie fest; der Arzt schob Mary einen Stuhl hin, auf den sie sich setzte, damit sie es nicht gar so unbequem hatte. — Da drehte sich Wolf um; sein Gesicht trug einen unheimlich starren Ausdruck. „Nun, Doktor?“ fragte er heiser, gierig in dessen Zügen lesend.

„Ein Hustenanfall, als Sie weg waren, hat Hasso wieder sehr erschöpft. Jetzt ist er ja ruhig,“ wick ihm der Arzt aus, „zu Ihrer Beruhigung wache ich mit

Paris, 6. Febr. In einer Unterredung mit Bourgeois, dem Vorsitzenden des Völkerverbunds, gab Pilsudski das Versprechen, daß Wilna von den Truppen des Generals Seligowski geräumt werden soll, wenn der Zeitpunkt für die Volksabstimmung festgesetzt und die Verbände eingetroffen seien.

Die Kommunisten und bolschewistische Sendlinge verbreiten unter den Rekruten aufrührerische Schriften. Die Polizei entfernte aufreizende Anschläge an verschiedenen Gebäuden. Eine Anzahl Personen wurde verhaftet.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Geldmarkt. Im allgemeinen behauptet die deutsche Valuta nun schon in der dritten Woche ihren besseren Stand im Ausland. Die Pariser Beschlüsse haben bis jetzt keine Wirkung ausgeübt. Mäander ist geneigt, daraus zu entnehmen, daß man unsere Lage im Ausland keineswegs als hoffnungslos ansehe. Am 31. Januar wurden 100 Mk. in Zürich mit 10.20 Franken bezahlt. Sie stelen am 1. Februar auf 9.40, erhielten sich am 2. wieder auf 9.80, gingen am 3. sogar auf 10, bröckelten am 4. aber wieder auf 9.95 Franken ab. Ferner notierten am 4. Januar 100 Mk. in Amsterdam 4.70 (5.17 1/2) Gulden, in Kopenhagen 8.50 (9.40) Kronen, in Stockholm 7.45 (8.20) Kronen, in Wien 112 1/2 (109 1/2) Kronen, in Prag 128.45 (127.25) Kronen, in London 2.42 (2.14) Schilling, in Neuyork 1.60 (1.78) Dollar und in Paris 22 1/2 (25) Franken.

Börse. Die Zurückhaltung des Publikums und die Geschäftsunlust der berufsmäßigen Spekulation bildeten die Woche über das Charakteristikum des Börsengeschäfts. Nur angeregt durch gelegentliche Rückschlüsse auf dem Devisenmarkt, zeigte sich vorübergehend ein stärkeres Interesse für Valutapapiere. Für Banken zeigte sich eher Kaufslust. Gut gehalten blieb der Anlagemarkt: Reichsschatzanweisungen 98, Kriegsanleihe 77 drei Viertel, 4proz. Württemberger, weiter anziehend, 82.40.

Warenmarkt. Der Preisabbau scheint jetzt allmählich eine weitere Ausdehnung anzunehmen. Aber es wäre verfehlt, übertriebene Hoffnungen darauf zu setzen, insbesondere zu erwarten, daß nun alle Geschäftskreise Hals über Kopf ihre Ware um die Hälfte heruntersetzen. Sie können das einfach nicht! Die wieder erwachende Konkurrenz wölbt ihre Wirkung tun. Die Kohlen sind wohl weniger knapp, aber noch gerade so teuer wie vorher. Das Eisengeschäft liegt darnieder. Lebhafte ist der Absatz in Textilien, fast völlig stöckend dagegen in Schuhwaren. Hüte und Leder werden weiter billig. Luxusartikel haben immer noch den besten Geschäftsgang. Auch Rauchwaren sind um 25 Prozent heruntergegangen, aber eher in den einzelnen Gebrauchsarten als in den feineren Artikeln.

Produktenmarkt. Der scharfe Rückgang der Produktionspreise ist zum Stillstand gekommen, wenn auch noch nicht alle Schwankungen aufgehört haben. Auch die Devisen haben sich erholt. In Berlin stellten sich am 4. Februar Viktorlaerbien auf 135 bis 140 (unverändert) Futtererbsen auf 105—115 (+ 5), Raps 232 (+ 12), Leinfaat 250—300 (+ 10—25), Weizenha 26 bis 28 (— 3), Stroh 18—20 (+ 1) Mark. Bemerkenswert ist der weitere Rückgang der Neupresse. Offenbar ist wegen der bevorstehenden neuen Frachterhöhung ein großes Angebot an den Markt gekommen.

Viehmarkt. Die Viehpreise schlagen weiter ab, wenn auch langsamer als vor 8 und 14 Tagen. Auch die Fleischpreise bei den Metzgern geben jetzt etwas nach. Auffallend ist der scharfe Rückgang der Schmalzpreise in den Läden. Amerikanische und namentlich serbische Waren scheinen erleichternd zu wirken. Zuchtvieh ist unverändert teuer. Dasselbe gilt von Pferden.

Holzmarkt. Die Lage hat sich seit 8 Tagen nicht verändert. Auf vereinzelte Auktionen werden namentlich für Langholz so geringe Gebote abgegeben, daß vielfach ein Zuschlag nicht erfolgt.

Landtag.

Stuttgart, 4. Febr.

In der heutigen Nachmittags Sitzung des Landtags wurde die Beratung des Justizgesetze zu Ende geführt.

Abg. Bönes (D.P.) lehnte eine Amnestie ab; er erklärte das Vorgehen des Ministerpräsidenten als taktlos. Justizminister Bötz gab ein erschöpfendes Bild über die Geschäftsverwaltung letztes Ministeriums. Auch die Affäre Weiland wurde beleuchtet. Nach den Erhebungen des Landgerichtspräsidenten ist zu einem disziplinarischen Vorgehen kein Anlaß. Eine Amnestie darf nicht erlassen werden, die Todesstrafe bleibt bestehen. Acht Todesurteile sind in Württemberg noch unerledigt.

Abg. Hanfmann (D.D.P.) anerkannte die verdienstvolle Tätigkeit des Justizministers an, und brachte einige Wünsche vor.

Abg. Bock (3.) wandte sich gegen die Beseitigung der Abtreibungsparagrafen.

Bei der Abstimmung wurden die Sonderanträge der Unabhängigen, die eine politische Amnestie, die Vermehrung der Lehrstellen und die Streichung der Stellen der Hausgehilfen an den Staatsanwaltschaften verlangten, abgelehnt und dem Gut der Justizverwaltung mit einem Aufwand von 53 Millionen Mark für die nächsten drei Jahre beschlossen.

der Schwester. Schwester Hanna habe ich fortgeschickt, weil Konjuelo bleiben will!“

Als der Morgen graute, war alles vorbei. Die Kunst des Arztes hatte nicht vermocht, das schwache Lebenslicht des Kindes zu erhalten. —

Fast wahninnig vor Schmerz wühlte Wolf seinen Kopf in die Kissen. Ohnmächtig war Gabriele am Bett ihres Kindes zusammengebrochen; doch Wolf hatte nicht darauf geachtet. Doktor Kornelius trug sie aus dem Zimmer und ging dann still fort — jetzt war er hier überflüssig. Bitterlich weinend neigte sich Mary über den Geliebten. „Fassung, Wolf! Jammere nicht so; es schneidet mir ins Herz! Der liebe Gott weiß, warum er Dir das Kind genommen hat,“ suchte sie ihn zu trösten, während sie über sein Haar strich. „Du bist ja nicht der einzige Vater, der ein Kind hergeben muß! Wer weiß, was dem Knaben erspart ist — Wolf! —

— Komm, stehe auf, geh zu Deiner Frau!“ Er zuckte zusammen. „Woh! denke doch an mich; es zerreiht mir das Herz, Dich so leiden zu sehen!“ Sie hauchte einen Kuß auf sein Haar. Es war, als ob er ihn fühle; er wandte ihr mit einem trostlosen Ausdruck sein Gesicht zu. Dann stieß er hervor: „Warum mir das alles? Warum? — O, es gibt keinen Gott, sonst hätte mir dies Kind bleiben müssen — wie hab ich darum gebetet — aber vergebens — o!“

„Hedere nicht mit dem Allmächtigen, Wolf,“ sagte Mary ernst, „trage geduldig, was er Dir auferlegt, wie es andere auch tun müssen — oder müßt Du, er hätte Dich allein verschonen sollen? Ein jeder bekommt sein Teil zu tragen; da wird keine Ausnahme gemacht.“

Starr sah er sie an. Dann murmelte er: „Nun habe ich nichts mehr auf der Welt — o Mary — mein liebes Kind — Gott, Gott —“

— — — — —

— — — — —

(Fortsetzung folgt.)

(40. Sitzung.) Haushalt des Ministeriums des Innern. Abg. Tagis (B.B.) bemängelt die Zusammenlegung der Oberämter, besonders die Aufhebung der Kreisverwaltungen. Es sei eine Schande, daß man in Schwabenland überhaupt ein Polizeiverbot nötig habe. Die Sicherungen der auf Zeit gewählten Ortsvorsteher bezeichnen der Abgeordnete als ungenügend. U. g. Stetter (Komm.) wagt dem Minister Graf Hausmanns Antrag für das Unternehmertum vor (erster Ordnungsruf). Es wagt überhaupt sonderserum von gegebenen Ehrenworte des Ministers (zweiter Ordnungsruf und Androhung der Wortentziehung durch Befragen des Hauses). Redner klagt über eine all. mehr Heftigkeit gegen die Kommunisten im Volksrechtswürttemberg, empfahl dem Minister die Anstellung eines Referenten für seine Presseabteilung und meinte, die Minister hätten sich einen Dreck um die Befehle, wenn es gegen die Kommunisten gehe (dritter Ordnungsruf). Abg. Müller (Komm.) beschuldigte den Präsidenten Wastler, daß er den Willen des Ministers folge (Ordnungsruf). (Abg. Eisenbahnteilhaber Walter (Komm.) ruft Wastler Teufel! — Ordnungsruf). Müller ergeht sich in weiteren Ausführungen (Androhung der Entziehung aus dem Saale). Schließlich führte Stetter seine Rede zu Ende, indem er nach der Schließung der Einwohnerversammlung fragte und eine Verminderung der Räte in den Ministerien sowie Verlängerung der Stuttgarter Polizeistunde auf 1 Uhr wünschte.

Der Präsident hatte das Haus gefragt, ob es Stetter weiter hören wolle, und die Sozialdemokraten und die Demokraten hatten sich dazu bereit erklärt. Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Wastler (S.) unterstüht Abg. Henmann (S.) die Anfragen der Kommunisten wie deren Antrag auf sofortige Aufhebung des § 50b des Volksrechtswürttemberges, wonach der Ausnahmezustand verhängt werden kann.

Der Antrag wird dem Ausschuss für innere Verwaltung überlesen.

Abg. Hegler (U.S.P.): Wenn irgendwo ein Mann nicht am richtigen Platz ist, so ist es der Minister des Innern. Dort wird eine Wirtschaft getrieben, es herrschen Zustände, die zum Himmel schreien.

Dann setzte sich Minister Graf mit seinen Gegnern auseinander. Die Kommunisten sollten Gesetz und Ordnung achten dann könne man an der Polizei sparen. Die Zusammenlegung der Oberämter sei nicht die wichtigste Frage, erst müsse man ihre Geschäftslast nach Aufhebung der Kreisverwaltungen übersehen. Auch die Aufhebung der Kommunalverbände pressiere nicht, unentbehrlich sei es, daß die Gemeindebeamten jetzt sicher gestellt werden, während die Ortsvorsteher in ihrer alten Unsicherheit verbleiben müßten.

Abg. Scheff (D.B.P.) forderte Stärkung der staatlichen Autorität und die Errichtung des Reichsverwaltungsgerichtshofs in Stuttgart.

Nach einer weiteren Bemerkung von Pfäfer (S.) wird Kap. 13 samt den Ausschufentscheidungen über die Verrohung der Jugend gegen U.S.P. und R.P.D. angenommen, desgleichen nach kurzer Debatte Kap. 14 (Bezirksverwaltung). Schließlich vertrat sich das Haus, wobei nach einer Geschäftsordnungsdebatte beschlossen wurde, die nächste Sitzung Dienstag vormittag 9 Uhr abzuhalten.

Württemberg.

Stuttgart, 6. Febr. (Anruf.) Die Fraktion des Württ. Bauernbundes und der Bürgerpartei erläßt folgenden Aufruf: Durch das Pariser Diktat ist die Lage unseres Volkes geradezu furchtbar geworden. Trotzdem geben sich viele Kreise anscheinend in vollständiger Verkennung unserer Lage gegenwärtig dem Karnevalstreiben hin. Wir halten dieses Gebaren für unwürdig und bitten alle Kreise unseres Volkes dringend, aus Gründen der Selbstachtung sich von allen derartigen Veranstaltungen fernzuhalten.

Die Württ. Frauenvereine und -Lände erlassen eine öffentliche Aufforderung an die Bevölkerung, sich vom Faschingsveranstaltungen zurückzuhalten. Die Vereine ersuchen das Ministerium des Innern, alle Faschingsveranstaltungen zu verbieten, wie dies in Bayern geschehen ist.

Die Handelskammer Stuttgart hat der württ. Staatsregierung nahe gelegt, sie möge bei den bevorstehenden Verhandlungen der einzelstaatlichen Regierungen mit der Reichsregierung in Berlin mit ganz besonderem Nachdruck auf die ruinösen Wirkungen hinweisen, die die württembergische weiterverarbeitende Industrie als hervorragende Qualitäts- und Exportindustrie bei Aufrechterhaltung einer Sonderbelastung des Exports erleiden müßte.

Stuttgart, 6. Febr. (Unterjochungen.) Der Geschäftsführer des Lebensmittelamts Oberrückheim, der 33jährige Kaufmann Karl Rieffer aus Schorndorf, hat durch Fälschungen in den Bäckern 135 000 M. auf die Seite gebracht, die er in schlechter Gesellschaft verbrachte. Schließlich entfloh er mit der Kellnerin Elisabeth Milll nach Mannheim und von dort nach Hamburg, wo er verhaftet wurde. Man fand bei ihm noch 28 000 M. Das Schwurgericht verurteilte ihn zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust. Die Milll wurde freigesprochen.

Heilbronn, 6. Febr. (Hochschulkonferenz.) Die in Meiningen Ende Januar ausgenommenen Verhandlungen des Verbands der deutschen Hochschulen werden gegenwärtig auf dem hiesigen Rathaus weitergeführt. Es ist eine unverbindliche Aussprache, deren Inhalt zunächst nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist.

Heilbronn, 5. Febr. (Vom Redar Kanal.) In Horkheim und Redarfum sind die Kanalarbeiten wieder im Gang. In Redarfum wird in Schichten gearbeitet. In wenigen Monaten soll aber überall Hochbetrieb einleiten.

Ellwangen, 6. Febr. (Vom Rathaus.) Der Gemeinderat erklärte den vom Bezirksrat festgesetzten Eierhöchpreis von 1,20 M. für zu hoch und hat einen Erzeugerpreis von 80 Pfg. für angemessen erklärt. Der Gemeinderat regte an, daß durch den Jagstädtefest die übrigen Städte tage veranlaßt werden, beim Ernährungsministerium dahin zu wirken, daß für das ganze Land ein Erzeugerpreis von 80 Pfg. festgesetzt wird.

Laupheim, 6. Febr. (Fortschrittende Industrie.) Das Oberamt Laupheim zählte im Jahr 1884 21 358, 1919 28 665 Einwohner. Die Landwirtschaft herrscht im Bezirk vor. Neuerdings macht aber auch die Industrie Fortschritte, besonders in der Oberamtsstadt selbst. Einige Landorte kommen nach, so Burgrieden, das in einer Fabrik allein über 400 Arbeiter zählt.

Biberach, 6. Febr. (Pferdediebstahl.) Dem Schultheiß Rapp in Hürbel ist vorgestern nacht eine schwere Fuchshute im Wert von etwa 30 000 M. und ein überplattiertes Geschirr gestohlen worden.

Schwaberg, 6. Febr. (Unterjochungen.) Der

Rechnungsführer bei der Firma Wolber schloß hier hat im Lauf des Jahres die Summe von 40 000 M. unterschlagen, indem er zeitweise bei der Gewerbebank für die Firma Beträge von 1000—3000 M. abhob und für sich verwendete. Er wurde verhaftet.

Waldenbuch, 6. Febr. (Reichsgründungsfeier.) Der schwäbische Ring — die Stuttgarter und Tübingen mit dem Philisterverband — hat unter dem Präsidium des Stuttgarter Ringes am letzten Sonntag durch eine Konvention in Waldenbuch den Feiertag der Reichsgründungsfeier festlich begangen. Die Feiertag der Reichsgründungsfeier sowie der Kommerz mit Treuschwur standen im Zeichen der alten Ringgesellschaft: Christentum und Vaterland. Eine solche vaterländische Gedenkfeier soll jedes Jahr in der zweiten Jahreshälfte in Waldenbuch durch den Tübingen und Stuttgarter Ringverein veranstaltet werden.

Stuttgart, 6. Febr. (Milchzentrale.) Die Lebensmittelabteilung des Gemeinderats hat sich nun doch für die Errichtung der Landesmilchzentrale bei Beimerstetten ausgesprochen und ein dahingehendes Gesuch an das Ernährungsministerium gerichtet.

Stuttgart, 4. Febr. (Protest der Stadt Stuttgart.) Im Gemeinderat erhob Oberbürgermeister Lautenschlager scharfen Protest gegen die Pariser Beschlüsse, die unsere Kinder und Kindeskinde in Slavenketten schlagen. — Für Wohnungsbauten wurden 13,2 Millionen Mark bewilligt. Es sollen 342 neue Wohnungen erstellt werden.

Stuttgart, 4. Febr. (Protest.) Die Arbeitsgemeinschaft der Mietervereine hat an das Reichsarbeitsministerium in Berlin folgendes Telegramm gerichtet: „Die organisierte Mietergesellschaft von Groß-Stuttgart erhebt eindringlichen Protest gegen die geplante Mietsteuer und den Reichsmietengesetzentwurf. Die Wohnungsnot ist zu beheben durch unverzügliche Aushebung von Heimstättenbarleihen; auch muß jedes Mietengesetz abgelehnt werden, das hinter dem Septemberentwurf mit den Anträgen des Mieterbundes zurückbleibt.“

Baden.

Karlsruhe, 4. Febr. Der Landtag wählte heute den von der sozialdemokratischen Fraktion vorgeschlagenen Stadtrat Dr. Engler einstimmig zum Unterrichtsminister.

Stuttgart, 4. Febr. Der Bürgerausschuss befaßte sich in seiner letzten Sitzung mit der Verwendbarkeit des Schlosses zu Wohnzwecken. Im Nord- und Westflügel des Schlosses sollte das Realprogymnasium untergebracht werden. Der Einbau von Wohnungen in das Schloß wird ungefähr eine Million Mark verursachen.

Wertheim, 4. Febr. Aus Amerika ist die Nachricht eingetroffen, daß Herr Eduard G. Uiblein, der große Wohltäter der hiesigen Armen, gestorben ist.

Karlsruhe, 6. Febr. Nach den statistischen Monatsberichten betrug die Zahl der Einwohner von Karlsruhe am 30. September 137 365 gegen 139 221 im Jahr 1913 und 144 883 im Jahr 1919. Der Geburtenüberschuß betrug im dritten Vierteljahr 1920 359, die Zahl der Eheschließungen im Jahr 1920 1635 gegen 1050 im Jahr 1913 und 1877 im Jahr 1919.

Heidelberg, 6. Febr. Die Badische Hafersparate- und Gränkerfabrik G. m. b. H. in Merchingen und Wöblingen ist in Zahlungsunvermögen geraten. Die beiden Geschäftsführer und Hauptinhaber F. und J. Rhonheimer sind gescheitert. Die Staatsanwaltschaft hat ein Verfahren wegen Betrugs gegen sie anhängig gemacht. Die Forderungen dürften über 25 Millionen M. betragen. Die Gläubiger wollen versuchen, den Konkurs zu vermeiden. Die beiden Geschickten, die ein ärmliches Leben führten, dürften den größten Teil ihres Vermögens in Sicherheit gebracht haben.

Reil, 6. Febr. Die Untersuchung in den großen Zuderschreibungen, die auf den elias-lothringischen Bahnen betrieben wurden, sind abgeschlossen. Mehr als 40 Angeklündigte, größtenteils Bahnangestellte, werden sich demnächst vor der Straßburger Strafkammer zu verantworten haben. Die Schiebungen wurden mittels gefälschter Frachtbriefe bewerkstelligt.

Offenburg, 6. Febr. Der 15jährige Sohn des Tagelöhners Schlagenhaut machte sich mit einem Jagdgewehr zu schaffen und zielte scherzweise auf seine Mutter. Als diese rief: „Das Gewehr ist geladen!“, krachte schon ein Schuß und die Frau sank tot zu Boden.

Freiburg, 6. Febr. Die Polizei verhaftete ein 22-jähriges Dienstmädchen aus Hausen, das in einer Stelle in Saarbrücken Kleider, Wäsche, Pelzwaren, Schuhe usw. im Wert von 25 000 M. gestohlen hat. Die entwendeten Gegenstände sind wieder beigebracht.

Radolfzell, 6. Febr. Die Stadtverwaltung wird die private Bautätigkeit durch billige Materiallieferungen seitens der Stadtgemeinde wieder in Gang zu bringen suchen. Kies und Sand soll aus den städt. Gruben kostenlos geliefert, Bauholz zu bedeutend ermäßigten Preisen abgegeben werden. Die Kostenermäßigung wird etwa 180 Mark auf den Quadratmeter Wohnfläche betragen. Die gewünschte Preisermäßigung soll vorläufig einem Betrag von rund 300 000 Mark entsprechen, womit die Unterstutzung von 25 bis 30 Wohnungen in Betracht käme.

Vermischtes.

Der 50. Geburtstag. Die Mitglieder des Reichskabinetts erschienen am 4. Februar bei dem Reichspräsidenten Ebert, um ihm die Glückwünsche zum 50. Geburtstag darzubringen.

Karl Hauptmann 7. Der Dichter Dr. Karl Hauptmann, der Bruder Gerhard Hauptmanns, ist in Scharbeitzau in Schlesien an Herzschwäche gestorben.

Der Fasching in Preußen. Mit Rücksicht auf den Ernst der Lage sollen in Preußen Faschingsveranstaltungen nur da gestattet werden, wo das Verbot wirtschaftliche Härten ergeben würde, namentlich wenn schon größere Vorbereitungen getroffen sind. Werdlose Ausstellungen sollen verboten werden.

Die Schuppe des Lorenz bei Sarshausen wurde nach Ermächtigung durch den ordentlichen Canturant des Turngans Süd-Nassau von der Deutschen Turnerschaft angekauft. Die Hochfläche im Ausmaß von 2½ Hektar wurde für den Preis von 7000 Mk., der durch Sammlungen aufgebracht werden soll, erworben. Es sollen hier künftig die Turnwettkämpfe des Kreises Nassau stattfinden.

Ein nettes Vorkommnis. Nach der Meinung des „Journal“ wird der neuernannte britische Gesandte in Warschau, Max Müller, unter den heute in der Welt herrschenden Salutarismerzen für seine Person nicht zu leiden haben. Sein Gehalt beträgt 4500 englische Pfund für das Jahr und da ein Pfund Sterling heute 320 polnische Mark wert ist, wird er auf seiner neuen Dienststelle die immerhin respektable Summe von ungefähr 14 Millionen Mark zu verzehren haben.

Wie die Mode entstand. Viele Gelehrte sind der Ansicht, daß der erste Beweggrund für die Kleidung darin bestand, die Unschönheit auf gewisse Schönheiten des Körpers zu lenken. Zweckmäßig ist so das Tätowieren unter den Naturvölkern entstanden. In der Frühzeit der Menschheit wurden Farben benutzt, um den Körper durch Bemalung anzusehender zu machen, und das Tätowieren unter der Haut stellt nur eine nachdrücklichere und dauernde Verschönerung dieser Art dar. Der nächste Schritt waren Tätowierungen führte zur Bekleidung, indem bunte Bänder, Gürtel und Anhängsel aller Art gebraucht wurden. Bei gewissen Schmuckformen ist dieses Streben, die Schönheit eines bestimmten Körperteils hervorzuheben, noch ganz deutlich. Den Haken haben wir zwar aufgegeben; aber der Ohrring muß dazu dienen, die schöne Form des Ohrs, durch Gold und Edelsteine zu erhöhen. Die Kleidung gewinnt dann mit dem Fortschreiten der Zivilisation immer mehr an Ausdehnung und tritt schließlich in unserer Vorstellung völlig an die Stelle des Körpers. Goethe hebt einmal als merkwürdig hervor, daß wir mit dem entzückten Ausruf: „Was für ein reizender kleiner Fuß!“ doch nur den hübschen Schuh meinen, den wir sehen. Und so hat überhaupt die Mode unsere Anschauung vom Körper völlig umgewandelt und eine Bewunderung der Kleider an die Stelle der noch bei den Griechen vorhandenen Bewunderung der Leiber gesetzt. Daneben ist freilich die Verwendung von Farben, von Federn und ausfalligen Schmuckstücken, die die Mode des Naturmenschen ausmachte, aus unserer Mode noch nicht verschwunden und es spricht für eine „primitive“ Gesinnung der Frau, daß sie auch Farben, Federn, alle funkelnden, blitzenden und bunten Sachen bei ihrem Anzuge bevorzugt.

Ward. Dieser Tage wurde aus München berichtet, daß der aus Mainz stammende Medizinstudent Dr. Leber sich in Innsbruck im Eisenbahnzug vor den Augen seiner Frau erschossen habe. Jetzt wurde festgestellt, daß es sich nicht um Selbstmord handelt. Frau Leber und der im Eisenbahnzuge anwesende Freund des Ehepaars, der aus Mainz gebürtige Walter Rolf Schott, wurde unter dem Verdacht des Mordes verhaftet. Zwischen der seit Weihnachten verheirateten Ehefrau und Schott bestand ein Liebesverhältnis.

Flektophus. Von 29 an Flektophus erkrankten Personen in Wien starben drei. Die von Rußland eingeschleppte Seuche hat also bereits Ausdehnung gewonnen.

Die englische Firma Armstrong Whitworth u. Co. hat mit Rußland einen Vertrag abgeschlossen, wonach die Firma die Wiederherstellung fast aller russischen Lokomotiven übernimmt.

Wohlfühlung in München. Im Münchner Stadtrat berietete Oberbaurat Behl über den Plan des Baus von Wolkenkrähen. Da die hohen Baukosten hohe Mieten erfordern, sei es denkbar, daß nur Bürohäuser sich selbst zu finanzieren vermöchten, weil die Geschäftswelt in guter Verkehrslage nahe dem Verkehrsmittelpunkt nur mit hohen Mieten rechnen müsse. Gerade in solcher Lage können aber zur Verringerung der Kosten nur hohe Bauten auf geringer Baugläche in Betracht kommen. Doch seien für deutsche Verhältnisse amerikanische Wolkenkrähen mit 40 Stockwerken unmöglich; es müßten genöthig Grenzen eingehalten werden. Der Hauptauschuss des Stadtrats erklärte sich mit der Zulassung von hohen Häusern einverstanden. — Auch in Leipzig sollen solche Reihenhäuser mit 11 bis 12 Stockwerken erbaut werden. Die Leipziger Architekten wußten aber die abstoßende amerikanische Form des „Bürohörs“ glücklich zu vermeiden und in den Plänen sind architektonisch und ästhetisch schmackhafte Bauten vorgesehen, die allerdings mit ihren 12 bis 1400 oder mehr Büroräumen einen gewaltigen Fock einer großen Festungswälle ähnlich darstellen, die aber dabei harmonisch in die Gasse eingebettet sind.

Lokales.

— Schnee. Aus dem Oberland werden starke Schneefälle gemeldet.

— Ueber Diebstähle bei der Zollrevision wird vielfach geklagt. So erwartete eine kinderreiche Familie in Hohenstadt bei Alsen eine Sendung aus Amerika. Nach langem Warten traf die Kiste ein. Als sie geöffnet wurde, lag darin ein altes zerkrüppeltes Fahnenstück und ein schwerer Stein. Eine andere Familie sollte einen Herrenanzug bekommen. Beim Öffnen der Kiste war nichts mehr zu finden. Postsendungen mit Liebesgaben werden oft gestohlen. Dann wird auf das Palet ein Hamburger Fettel geklebt: „Sendung beanstandet“; und wenn dann die Sendung endlich an den Adressaten gelangt, hat er für die „Beanstandung“ das Vergnügen, 3,25 Mark Gebühr bezahlen zu müssen und er darf froh sein, wenn die Sendung seinen allzu großen Abmangel anweist. Die Liebesgaben aus dem Ausland können einem auf diese Weise recht entleidet werden.

— Trauertag. Als nationaler Trauertag für die im Weltkrieg Gefallenen ist der erste Sonntag im März, in diesem Jahr also der 6. März, in Aussicht genommen. Sämtliche bürgerliche Parteien sind mit diesem Vorschlag einverstanden. Die sozialdemokratische Partei ist grundsätzlich mit der Einrichtung eines nationalen Trauertags einverstanden, hat aber noch einige Bedenken wegen des Tags. Die unabhängige und die kommunistische Partei lehnen einen nationalen Trauertag ab.

— Schnellzugsverkehr Holland — Württemberg — Tirol. Mit Beginn des Sommerfahrplanes werden die Schnellzüge D 23 (Stuttgart ab 8.30, Ulm an 10.40, Friedrichshafen an 12.58) und D 60 (Friedrichshafen ab 5.05, Ulm ab 7.42, Stuttgart an 9.34 nachm.) zu internationalen Schnellzügen ausgebaut. D 23 erhält Anschluss von Amsterdam ab 5.50 nachm. (mit Schlafwagen), Düsseldorf 11.48, Köln 12.45 nachts, Mannheim an 5.46, ab 6.00 vorm., Heidelberg 6.27, Stuttgart ab 8.30, Ulm 10.40, Friedrichshafen an 12.30, Lindau 1.08, Innsbruck an 7.55 nachm. In der Gegenrichtung geht der Zug 10.05 vorm. in Innsbruck ab, verläßt 4.47 Lindau, 5.11 Friedrichshafen, Stuttgart ab 9.40 nachm., Heidelberg 12.00 nachts, Mannheim 12.22, Köln 5.33, Amsterdam 1.33 nachm.

— Dorf man auf einen erwachsenen Dieb schicken? Diese Frage ist bei der heutigen Unsicherheit von großer Bedeutung. Ein Eigentümer hatte, begleitet von seinem Hund und ausgerüstet mit geladenem Gewehr, während der Nacht in einer Schutzhütte bei seinen Obstbäumen Wache gehalten. Ein halbes Dutzend



bemerkte er zwei Männer, die Obst von den Bäumen stahlen. Auf einen Ruf flohen beide unter Mitnahme des Obstes. Der Eigentümer forderte sie auf, stehen zu bleiben und drohte mit Schüssen. Sie leisteten keine Folge. Darauf gab der Eigentümer einen Schrotschuß ab und verletzte einen nicht unerheblich. Der Eigentümer wurde wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt, aber von der Strafkammer wegen Notwehr freigesprochen. Dieser Urteil ist vom Reichsgericht in einem Urteil am 20. September 1920 bestätigt worden mit der Begründung, daß die Notwehr gegen den Angriff so lange zulässig ist, wie die gestohlenen Sachen nicht in den gesicherten Gewahrsam des Diebs übergegangen sind, vielmehr für den Berechtigten die Möglichkeit vorhanden ist, auf der Stelle gegen den Dieb einzuschreiten und sich der Sachen zu bemächtigen, wobei es nicht auf den größeren oder geringeren Wert des gestohlenen Guts ankommt.

— **Steigerung der Salzaußfuhr.** Die Salzaußfuhr von Deutschland hatte i. J. 1919 573 000 Tonnen im Wert von 72 Millionen Mark; i. J. 1920 aber gelangten 1 121 000 Tonnen Speise- und Gewerbefalz im Wert von rund 280 Millionen Mark nach den europäischen überseeischen Ländern zur Ausfuhr. Die Ausfuhr des Jahres 1919 hatte etwa 400 000 Tonnen im Wert von ca. 5 Millionen Mark ausgemacht.

— **Die Bildpostkarten-Industrie** nimmt gegen die neue Erhöhung des Postkartenportos Stellung. Schon die letzten Gebührenerhöhungen von 15 auf 30 Pfennig haben einen sehr großen Rückgang des Verbrauchs verursacht. Es wird vorgeschlagen, das Porto für Bildpostkarten auf 15 Pfennig zu ermäßigen, wozu nur die Hälfte der Umschreibungsbeschriftungen werden dürfte.

— **Vom Hopfenhandel.** Die tschechoslowakische Regierung unterhandelt mit der deutschen Reichsregierung wegen der Aufhebung des deutschen Einfuhrverbots für böhmischen Hopfen. Es wird behauptet, von deutschen Brauereien liegen zahlreiche Bestellungen bei Händlern in Böhmen vor.

— **Für Bauer zahlt.** Im württ. Regierungsblatt wird die Umlage für die Seuchenschäden ausgeschrieben;

100 Mark sind auf jedes Stück des Viehbestandes als Beitrag zu bezahlen. Daraus geht hervor, daß die Seuchenschäden durchaus von der Landwirtschaft allein getragen werden müssen.

— **Kirchliche Feier des 18. April.** Das Ev. Konsistorium in Württemberg hat bestimmt, daß das Gedächtnis an den Tag von Worms, 18. April 1521, im Vormittagsgottesdienst des Sonntag Jubilate, 17. April, durch dessen festliche Ausgestaltung gefeiert werden soll. Auch durch anderweitige Veranstaltungen soll den Gemeinden die Bedeutung jenes Tages eindrucklich gemacht werden.

— **Die Konfirmation** findet nach einem Erlaß des Ev. Konsistoriums in Württemberg im ganzen Land am 8. April, das Konfirmanden-Abendmahl am 10. April statt.

— **Vergehen gegen das Weingesetz.** In letzter Zeit sind in den württ. Wirt. Landesrat sehr erheblichen Geldstrafen und Einziehung zum Teil sehr beträchtlicher Weinvorräte verurteilt, weil sie Wein von 1919 durch starke Zudering und Zusatz von Obstmost gefälscht und das Gemisch zu 16 Mk. das Liter verkauft hatten.

Der Flachsbau.

Die vielseitige Verwendbarkeit der Erträge des Flachsbau im gesamten Haushalt und Wirtschaftsbetrieb des Landwirts muß jeden einsichtigen Landwirt veranlassen, bei der Frühjahrbestellung genügend Flachsbau anzubauen. Mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Gespinnspflanzen kann der Landwirt nicht nur über den kostbaren Leinwand frei verfügen, sondern auch seinen Flachsbau in beliebiger Menge und nach freier Wahl zu Leinwandgeweben aller Art, Garnen, Seilerwaren usw. verarbeiten lassen.

Die Verwendung des Leinwandens zur Käseherstellung und Jungviehzucht, seine Unentbehrlichkeit als Futter- und Heilmittel bei Maul- und Rautenseuche und sonstigen Erkrankungen des Viehs, die Verwertung des Leinwandens als billiges und bekömmliches Kraftfutter für

Milch- und Mastvieh, des Leinwandens für Speisezwecke und Desserten machen allein schon den Flachsbau jedem Landwirt zur bringenden Notwendigkeit. Zudem werden die Preise für Leinwand und Flachsbau voraussichtlich im Jahr 1921 gute sein, so daß der Flachsbau auch rentabel sein wird.

Zur Aussaat sollte bei öfterem Saatgutwechsel nur völlig ausgereifter, vollkörniger, gut gereinigter, unkrant- und seidenfreier Leinwand kommen, wie er von der Flachsbau- und Hausbaustelle Karlsruhe den landwirtschaftlichen Verbänden, sowie von deren Lagerhäusern, Genossenschaften und Ortsvereinen bezogen werden kann. Größere Flachsbau-Anbauer haben zur Sicherung der Abnahme- und Preisgarantie des Strohlachses, sowie zwecks Sicherstellung der von ihnen gewünschten Webwaren die Möglichkeit, mit den Flachsbau- und Hausbauwerken in Forchheim bei Karlsruhe einen Lieferungsvertrag abzuschließen, ähnlich wie dies die Zuderingbauern gegenüber den Zuderingbauern längst gewohnt sind. Vertragsanbauer erhalten auf alle Fälle die unter Mitwirkung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft unter Berücksichtigung der Preise für die übrigen landw. Produkte festzusetzenden Flachsbaupreise.

Ev. Volksbund Wildbad.

Am Dienstag, den 8. Februar, 8 Uhr abends, in der Turnhalle,

Vortrag von Pfand aus Stuttgart über die Frage: „Können wir noch glauben?“

Am Donnerstag, den 10. Februar, 8 Uhr abends, in der evang. Stadtkirche:

Paul Gerhard-Andacht, mit Solo- und Chorgesang, Lichtbildern und Vortrag von demselben Redner.

Der Eintritt ist frei. Alle Gemeindeglieder sind eingeladen.

Freibank.

Dienstag früh von 9 Uhr ab ist junges Rindfleisch zu haben. Kleingeld ist mitzubringen.

Erwiderung!

Auf das Inserat des Schreinermeisters Bollmer (vom 3. d. Mts.) dessen Inhalt durchweg nur gehässige und unwahre Erklärungen in sich birgt, erwidert die Zimmer-Innung folgendes zur Aufklärung:

Wie es uns scheint, hat sich beim Einsender auch ein ganz gewaltiger Fehler in seiner Berechnung eingeschlichen, denn das Offert der Zimmermeister für die Einfriedigungen der Böhnerstraße lautet ausdrücklich: 7000 Meter Latten fertig angebracht samt Karbolinemanstrich pro Bdm. 4.76 Mark = 33320 Mark, nicht wie der Einsender behauptet à 5 Mark = 35000 Mark. Daß die Zuteilung der Arbeiten an die Zimmer-Innung keines Deckmantels bedürfte, ist daraus zu ersehen, daß von uns bis jetzt an den Notstandsarbeiten nur 1 Schreiner beobachtet werden konnte, dagegen 6 arbeitslose Zimmergesellen, abgesehen von den 4 Meistern.

Um das Herstellen der Latten wäre es schlimm gestellt, wenn die Zimmermeister bei Schreiner Bollmer vorher Rat schläge einholen müßten, denn derselbe braucht seine Kenntnisse für sich selbst, kann daher an die Zimmermeister nichts abtreten! —

Wie Schreiner Bollmer bei den Blochhäusern zu einem Preis von 20 000 Mk. kommt, kann sich die Zimmer-Innung nur als Produkt seiner bekannten Großzügigkeit und willkürlichen Aufwindung der Zahlen nach Oben erklären.

In Wirklichkeit kostete eine Blochhütte 10 230 Mark, hiezu stellte die Stadtgemeinde die nötigen Stangen, also ohne Dach! Jetzt Schreiner Bollmer braucht man doch auch ein Dach, und das besteht nicht in einem Regenschirm, sondern aus Latten und Brettern, und zum Anstreichen der Dachbretter war auch Karbolinemanstrich nötig. Dazu kommen noch Läden und Türen und die hiezu nötigen Drahtstifte, denn mit Glasertitt und Leim läßt sich das wohl nicht befestigen. Nun mußte die Ware doch auch durch ein Fuhrwerk an Ort und Stelle gebracht werden, und daß das heututage auch nicht unwesentl. Kosten macht, weiß jeder-mann.

Wie steht es nun nach obigen der Wahrheit entsprechenden Preisen, mit den von Bollmer in seinem Artikel vom 3. d. M. enthaltenen Berechnungen? Wo sind die fehlenden 9770 Mk.? Wo ist bei einer Kostensumme von 10 230 Mk. für eine Blochhütte der vom Art.-Schreiber ausgerechnete Nettoerdienst eines Zimmermeisters in 14 Tagen? — von 8000 Mk.

Es sind nichts weiter, als vom bössartigem Konkurrenz-eid entsprossene Unwahrheiten! Wir überlassen es der hies. Einwohnerschaft, aus wahrheitsgemäßen Berechnungen, ihr Urteil selbst zu bilden, der ja die Zimmermstr. sowie der gehässige Artikelschreiber bekannt sind.

Zum Schluß möchten wir Hr. Schreiner Bollmer zurufen: Was siegest Du den Splitter in deines Bruders Auge, und wirfst nicht gewahr, den Balken in deinem Auge?

Wir glauben jedoch im Sinne der Einwohnerschaft zu handeln, wenn wir jegl. weitere Artikel in dieser Sache, unbeantwortet lassen!

Zimmerer-Innung Wildbad.

Suche für meine 20-jähr. Tochter eine Stelle als **Servierfräulein** in ein Café oder besseres Restaurant. Wer? sagt die Geschäftsstelle des Wildbader Tagblattes.

WEISSE

WOCHE

Grosser Sonder-Verkauf

Bedarfs-Artikeln

aller Art zu außergewöhnlich billigen Preisen!

Besichtigen Sie unsere Schaufenster u. Innenaussagen!

Beginn des Verkaufs heute Montag!

Soweit Vorrat!

Soweit Vorrat!

KNOPF Pforzheim.

Wir empfehlen unsern Mitgliedern
 Prima Röstkaffee 26.—
 Saigon-Reis Ia. 3.50
 Echt ostind. Perlapioka 4.—
 Pflanzenfett 14.—
 Margarine 11.80
 Prima Speisefett 14.—
 Prima Speiseöl 28.50
 Prima Rindertalg 10.—
 Consumverein.

Fußball-Verein Wildbad
 verein. Fußball- und Sport-Verein.
 Dienstag abend 8 Uhr
 Spielersitzung
 im „Wilden Mann“

Bettläschen
 Befreiung tr. garantiefreier. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. Verandhaus Westfalia, Gertenschwid (Westf.) 207.

Die Versorgungs-Kuranstalt Wildbad hat im Wege der öffentlichen Verdingung den Bedarf an Lebensmitteln: Backwaren, Eier, Mineralwasser, Eis, Essig, Eier, Obst, frische Gemüse, Gewürze, Zitronen usw. am Mittwoch, den 16. Februar 1921, vormittags 10 Uhr für die Zeit vom 1. April 1921 bis 31. März 1922 zu vergeben. Die Bedingungen liegen zur Einsichtnahme im Geschäftszimmer der Versorgungs-Kuranstalt Wildbad auf. Schriftliche Angebote, mit Mustern soweit möglich, sind bis zu oben genanntem Zeitpunkt einzureichen. Die Angebote sind prozentual zum jeweiligen hies. Marktpreis, der den Höchstpreis nicht übersteigen darf, zu berechnen.

Citacita Ein herrlicher Tabak!

Garantiert rein überseeischer Rauch-Tabak
 100 Gr-Paket nur 7 Mk. noch

Befriedigt den verwehntesten Raucher!

In jedem Geschäft zu verlangen.
 A. Lindauer, Stuttgart Danneberg-Strasse 25.



Pfannkuch & Cie.
Condens. Milch
 gezuckert Dose Mark 11.—
 ungezuckert Dose Mark 9.—
Dänische Sahne
 Flasche Mark 6.50
 einschließl. Flasche.
 Pfannkuch & Cie.

Pfannkuch & Cie.
Marmelade
 offen Pfd. Mk. 4.50
 1 Pfund-Glas Mk. 4.75
Helvetia-Confituren
 offen und in Gläsern.
Frische Landeier St. 2.—
 Pfannkuch & Cie.

W.B.P.
 Ortsgruppe Wildbad
 Heute Montag Singstunde für Damen und Herren.
 Der Dirigent.
 Heute Montag **Schachabend**
 im Cafe Lindenberger.